

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1588  
Kontofache Riesa Nr. 52.

Nr. 170.

Mittwoch, 23. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 37 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Vertrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befüllungsart: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gottschestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nhemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Finanzwelt zu den Londoner Beschlüssen.

Die amerikanischen Bankiers verweigern die Anleihe.

London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, daß Macdonald bei der Konferenz, die er mit den alliierten Hauptdelegierten der Londoner Konferenz hatte, diesen mitgeteilt hat, daß die Bankiers, insbesondere die amerikanischen, nicht geneigt seien, die für die Inkassierung des Dawesberichtes ansehnliche erste Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling auf die Bedingungen hin zu übernehmen, die in dem von der ersten Kommission am Sonnabend verfaßten Protokoll niedergelegt sind. Die alliierten Minister hätten diese Nachricht mit lebhafter Enttäuschung und einigen Mißfallen aufgenommen. Es sei überhaupt von britischer Seite betont worden, daß der Entwurf des fraglichen Protokolls nur eine Empfehlung bedeute, wie dies ja auch in seinem Anfang ausdrücklich gesagt worden sei. Nach einer lebhaften Erörterung sei beschlossen worden, daß Snowden und die alliierten Finanzminister mit den amerikanischen und britischen Bankiers in dieser Frage eine Zusammenkunft haben sollen. Von mittags bis spät abends hätten die alliierten Finanzminister mit Lamont, dem Gouverneur der Bank von England, Norman, Sir Robert Anderson und anderen die von den Bankiers aufgestellten Bedingungen erörtert. Der französische Finanzminister Clementel habe mit Mac Kenna zusammen das Freibleibend angenommen. Wie verlautet, habe er mit britischen und amerikanischen Bankiers über künftige Anleihen und Kredite für Frankreich verhandelt.

Der Berichterstatter des Daily Telegraph bezeichnet die einseitige Stellung als ernst und meint, die entschiedene Ablehnung der Bankiers, die Anleihe zu unterzeichnen, sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie das Protokoll der ersten Kommission für unzulänglich halten. Sie erachten die bloße Befugnis eines amerikanischen Bürger zur Reparationskommission für den Fall eines deutschen Verzuges als einen unzureichenden Schutz für die Kapitalanlage, da sie der Ansicht seien, daß diese Vereinbarung in seiner Weise eine unparteiische Mehrheit in der erwähnten Körperschaft verbürge. Sie scheinen zu der juristischen und schiedsgerichtlichen Einigung dieser Kommission kein Vertrauen zu haben. Offen werde der Art. 4 des Protokolls getadelt, der ihnen in seinem zweideutigen Wortlaut für später die Möglichkeit zu einem Vorwand zur Anwendung von Sanktionen durch die eine oder andere Macht zu bieten scheint. Allgemein gesprochen seien die Bankiers der Ansicht, daß der gute Wille Deutschlands, das in erster Linie Empfänger der Anleihe sei und die notwendigen Pfänder geben solle, für die Anleihe ebenso unentbehrlich sei, wie das Vertrauen auf Seiten der Kapitalanlage, daß das deutsche Guthaben, welches das Pfand für die Anleihe bilden werde, gegen eine plötzliche Aktion von außen her gesichert sei.

Einige seien auch über das Eisenbahnproblem und die im Zusammenhang damit aufgestellten militärischen Forderungen der Alliierten verstimmt. Die Schwierigkeit liege zunächst in der Ungewißheit, ob vor allem die Mächte, Frankreich nicht ausgenommen, bereit sein würden, die finanziellen Sicherheiten, welche im Protokoll der ersten Kommission niedergelegt worden seien, zu verbessern, weiter darin, daß die französische Regierung es äußerst schwierig finden würde, den Finanzleuten auf politischem Gebiete Garantien auszusprechen, die sie den anderen alliierten Regierungen verweigert habe. Die Bankiers hielten aber in gleicher Weise daran fest, daß solche weiteren Garantien notwendig seien. Der Berichterstatter meint, es sei vielleicht bedauerlich, daß Art. 4 gegenüber der Frage separater Aktionen so zweideutig sei. Gleichzeitig sei ein solcher Fall allerdings außerordentlich unwahrscheinlich, nicht nur mit Rücksicht auf die Forderung der Stimmung der Alliierten Englands, sondern auch, weil eine Wiederholung der Ruhr-Expedition unter irgend welchen Umständen unwahrscheinlich sei. Gleichzeitig sei es schwer denkbar, daß irgend eine Regierung oder die Reparationskommission selbst es auch nur wagen würde, sich über den von dem amerikanischen Generalagenten für Reparationen und dem Vertreter der Botschaft erteilten Rat hinwegzusetzen, hinter denen doch eine starke moralische und materielle Macht stehe, ebensowenig wie es Deutschland wagen würde, sich um die amerikanische Finanzwelt nicht zu kümmern.

Der Berichterstatter schließt, die alliierten Premierminister würden heute dem Beispiel ihrer Finanzminister folgen und mit den Bankiers wegen eines Ausweges aus dieser Schwierigkeit verhandeln. Lamont habe gestern abend eine lange Unterredung mit Herriot gehabt, der an die bekannte Sympathie der amerikanischen Bankiers für Frankreich appelliert habe. Anscheinend habe Lamont mit seinen Kollegen sich genötigt gefühlt, die Lage vom rein kaufmännischen Standpunkt aus zu betrachten. Es müßte indessen aufrichtig gehofft werden, daß eine Konferenz, die so gut begonnen habe, durch die finanziellen Schwierigkeiten nicht lange aufgehalten werde.

London. Bezüglich der Schwierigkeiten, die entstanden sein sollen hinsichtlich der Unzufriedenheit der Bankiers über den Beschluß des ersten Komitees für die Frage einer deutschen Anleihe, erklärt Herriot, daß dieser Punkt nicht als erste Krise angesehen werden kann. In Wirklichkeit handelt es sich nur um das Wiederankommen gewisser Zweifel und Befürchtungen seitens der Bankiers und um den wiederholten Hinweis derselben auf die Notwendigkeit einer angemessenen finanziellen Sicherheit für die Forderung der deutschen Anleihe. Diese Besorgnisse werden selbstverständlich beseitigt werden müssen, und zu

diesem Zweck sind daher die Vertreter der Bankiers mit den Finanzfachverständigen heute zu einer Konferenz zusammengetreten. Während die allgemeine Auffassung über eine eventuelle Einigung optimistisch ist, kann nicht verhehlt werden, daß hinsichtlich dieser Schwierigkeiten die Lage nicht vollkommen geklärt scheint. Ueber die weitere Tätigkeit der Konferenz erklärt man, daß der Unterausschuß des zweiten Komitees im Laufe des Vormittags wieder zusammengetreten ist, und man hofft, daß dieses Komitee heute nachmittag seinen Bericht fertiggestellt haben wird. Es ist unwahrscheinlich, daß die Konferenz heute eine Vollziehung abhalten wird, doch kann dies für morgen als sicher angenommen werden. Diese Verzögerung bedeutet keine Störung der Konferenz, sondern ist vielmehr der Tatsache auszusprechen, daß dieser Unterausschuß über einige wichtige Punkte zu beraten hat. Die Aufgabe, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen und die wirtschaftliche Klärung des Ruhrgebietes herbeizuführen, ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß sie nicht in wenigen Stunden entschieden werden kann.

London. (Funkpruch.) Nach dem Daily Telegraph wird Herriot heute eine Besprechung mit dem amerikanischen Staatssekretär haben. Vormittags werden die Hauptdelegierten mit dem Vorsitzenden der drei Kommissionen beraten, und nachmittags 3 Uhr wird voraussichtlich die Vollversammlung zusammenzutreten, um die Berichte entgegenzunehmen und die Bedingungen für eine an Deutschland zu richtende Einladung zu beraten, sowie um die Abänderungen am Protokoll der ersten Kommission in dem von den Bankiers geforderten Sinne zu erwägen.

### Wichtige Beschlüsse der zweiten Kommission.

Paris. (Funkpruch.) Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus London, der Unterausschuß der zweiten Kommission beendete gestern die Abfassung seiner Entscheidungen. In dem Dokument werden die Maßnahmen festgelegt, die getroffen werden müssen, um die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherzustellen. Deutschland müsse die notwendigen Gesetze bis 15. August angenommen haben. Am 1. Oktober müssen sämtliche von der Reparationskommission in ihrem Beschluß vom 15. Juli enthaltene Bestimmungen erfüllt sein. Als Gegenleistung für die Annahme der Gesetze werden die französisch-belgischen Behörden die innere Politik aufheben, ebenso die Auslieferung- und Verhaftungsmaßnahmen sowie die Kohlensteuern erheben. Die von den französisch-belgischen Behörden eingegangenen Abgaben werden als erste Annuität in Ausführung des Dawesplanes angerechnet. Am ersten Oktober stellen die Alliierten und die französisch-belgische Eisenbahngesellschaft ihre Tätigkeit ein. Zur Regelung des Konfliktes wird ein schiedsgerichtlicher Ausschuss eingesetzt. Er wird Maßnahmen zur Herstellung des endgültigen Friedenszustandes treffen und die Amnestie durchführen. Darüber die Eisenbahnfrage noch keine Einigung erzielt worden ist, wird es Sache der beteiligten Regierungen sein, die Verhandlungen festzulegen, die sie für die Sicherstellung der Verbindungslinien der Besetzungstruppen für unerlässlich erachten.

### Noch 14 Tage Konferenzdauer.

London. Mit der Einladung der deutschen Delegation rechnet man in informierten Kreisen nicht vor Donnerstag kommenden Woche. Man begründet den Widerstand dagegen besonders mit der wahrnehmbaren Notwendigkeit einer längeren Fortsetzung der Konferenz. Es ist mit einer weiteren Dauer von 14 Tagen zu rechnen. Der von französischer Seite gemachte Vorschlag, die deutsche Delegation lediglich zum Zwecke der Unterschrift einzuladen, hat keine Aussicht auf Erfolg, denn es würde ein derartiges Verfahren in erster Linie die Begebung einer Anleihe von 800 Millionen erschweren, die eben nicht nur auf Zahlungssicherheit, sondern auch auf dem guten Willen der deutschen Delegation basieren müßte.

### Wenn Deutschland Verfehlungen begeht.

Paris. (Funkpruch.) Ueber die Einzelheiten der gestern erfolgten Verhandlungen berichtet der Londoner Berichterstatter des Quotidien, der der unmittelbaren Umgebung Herriot nahesteht. Ergebnis habe gestern abend folgende Formel in Vorschlag gebracht: Wenn Deutschland eine Verfehlung begeht, wird die Replo die Vollmachten einem Ausschuss von fünf Sachverständigen übertragen, die sie selbst unter den 15 dem Komitee Dawes und Mac Kenna angehörenden Sachverständigen auswählt. Dergleichen habe Herriot eingewendet, daß diese Lösung darauf hinausläuft, der Replo die Rechte zu nehmen, die der Versailles Vertrag ihr angewiesen habe. Gestern nachmittag sei es den Finanzministern und Bankiers gelungen, neue Bestimmungen in den Grundsatzen festzulegen. Bevor die Replo eine flagrant Verfehlung feststellt, wird sie ein Komitee zu Rate ziehen, dessen Einsetzung Dawes vorgeschlagen hat. Was die Stellungnahme des Generalagenten für die Reparationsleistungen anbelangt, so wäre es für die Reparationskommission nicht mehr möglich, hier einzuweichen.

### Um die Einladung an Deutschland.

Berlin, 23. Juli. Wie wir schon aus dem auswärtigen Amt erfahren, dürfte bei der Entscheidung über die an Deutschland zu richtende Einladung zur Londoner Konferenz ein Schritt der Reichsregierung bei der englischen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Stamer, hatte Gelegenheit, sich mit dem englischen Premierminister Macdonald über die Frage der Einziehung Deutschlands zur Konferenz ausführlich zu unterhalten. Dabei wies Dr. Stamer im Auftrag der Reichsregierung ausdrücklich darauf hin, daß Deutschland ein dringendes Interesse daran habe, direkt zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden. Eine Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch Deutschland würde schwerlich in Frage kommen, wenn die deutsche Regierung nicht an der Ausarbeitung dieses Protokolls beteiligt sein würde. Nach den bisher in Berlin vorliegenden Informationen erscheint es ziemlich sicher, daß Verhandlungen mit Deutschland über den Wortlaut des Protokolls zustande kommen. Dementsprechend ist auch die Teilnahme Dr. Stresemanns an der Londoner Konferenz schon jetzt einigermaßen gesichert.

### Die heutige Vollziehung zur Einladung Deutschlands.

London. (Funkpruch.) Times meldet, daß in der heutigen Vollziehung außer der Entgegennahme der Berichte der drei Kommissionen auch die Frage einer Einladung Deutschlands erörtert werden soll. Wahrscheinlich wird heute beschlossen werden, Deutschland aufzufordern an der Konferenz als Gleichberechtigter teilzunehmen.

### Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage.

Berlin. Reichsfinanzminister Dr. Luther äußerte sich am Dienstag abend vor Vertretern ausführend über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Er sah sich zu diesen Überlegungen veranlaßt, weil seiner Ansicht nach in großen Schichten der Bevölkerung durchaus irrtümlich zum Teil fantastische Auffassungen über die Finanzkraft des Reiches anzutreffen sind. Auf der einen Seite hört man vielfach den Ruf, daß das Reich noch mehr als bisher soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen habe, auf der anderen Seite wird gefordert, daß in absehbarer Zeit Steuern überaus nicht mehr gezahlt werden können. Diesen Auffassungen trat der Minister energisch entgegen. Er meinte, wenn diesen Forderungen Genüge getan würde, dann sei die Gefahr einer neuen Inflation nicht mehr zu umgehen. Im übrigen führte der Minister unter anderem noch aus: Die Reichsregierung hat Verständnis dafür, daß die Steuerzahler vielfach nur schwer zu leisten sind. Sie kann aber ihre Zustimmung niemals dazu geben, daß für einen großen Zeitraum, etwa bis Schluß der Ernte, Steuern überhaupt nicht mehr gezahlt werden. Die Regierung behält sich vor, die Vermögenssteuer von Fall zu Fall zu ändern, eine Erhöhung der Umsatz- und Lohnsteuer kann überhaupt nicht in Frage kommen. Der Rassenbestand des Reiches ist nicht mehr so günstig, wie er noch vor etwa einem Monat war. Eine Reihe von besonderen Einnahmen, die zur Zeit der Stabilisierung beschafft wurden, werden künftig wegfallen, so zum Beispiel die Rentenmarktkredite, Gewinn aus der Münzprägung, die Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer 22/23 und die zweiprozentige Abgabe auf Obligationen. Spätestens im Herbst dieses Jahres wird das Reich darauf angewiesen sein, seine Ausgaben lediglich durch laufende Einnahmen zu decken. In der Durchführung des Dawesabkommens, das dem Reich die so notwendigen Kredite sichert, sieht der Reichsfinanzminister augenblicklich den einzigen Weg, der uns aus der trostlosen Wirtschaftslage herausführen kann.

### Die Stellungnahme der Deutschnationalen.

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat gestern nach längerer Beratung in später Abendstunden einen Beschluß gefaßt, in dem sie folgende Forderungen an die Regierung richtet: Eine Teilnahme an der Londoner Konferenz kann nur erfolgen, wenn es sich nicht um Entgegennahme eines Diktates, sondern um Verhandlungen als gleichberechtigter Partner handelt. Sofortige Freigabe und Rückkehr der Ausgewiesenen. Unverzügliche wirtschaftliche und militärische Klärung des Ruhr- und Sanktionsgebietes. Wiederherstellung der wirtschaftlichen und administrativen Einheit des Reiches im alldeutschen Gebiet einschließlich des Eisenbahnnetzes. Sicherung der Anerkennung, daß die Fristen für die Klärung mit dem 10. Januar 1920 zu laufen begonnen haben. Sicherung gegen zukünftige Sanktionen. Keine Anerkennung von Forderungen, die gegen die Würde und Unabhängigkeit Deutschlands verstoßen und Widerpruch der Wahrheit widersprechenden Schuldbeiträgen. Der Beschluß erklärt, daß die Deutschnationalen sich mit allen Mitteln Abmachungen widersetzen werden, die ihren Forderungen nicht entsprechen.

### Verheerende Unwetterkatastrophe.

Das Dorf Jels in Schleswig ist von einer riesigen Windhose heimgesucht worden, welche die Dächer von Häusern abdeckte und durch die Luft wirbeln ließ. Ein Karussell, das im Dorfe stand, wurde auf ein entfernt liegendes Bauernhaus geschleudert, das mit furchtbarem Knack zusammenbrach. Viel Vieh ist erschlagen worden. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.